

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Kerstin Müller (Köln),  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/9313 –**

**Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung an den  
Klimawandel unterstützen**

### **A. Problem**

Die Antragsteller legen dar, Klimawandel bedeute für Afrika eine besondere Herausforderung. Kein anderer Kontinent sei so stark vom Klimawandel betroffen. Wenn keine angemessenen Antworten auf die Umwelt- und Ressourcenprobleme wie auch den Klimawandel gefunden würden, so drohten in den kommenden Jahrzehnten verstärkt Nahrungsmittelknappheit, Hungerrevolten, Verteilungskonflikte und Zunahme der Zahl von Umweltflüchtlingen.

Der Schutz der Umwelt müsse weltweit, aber gerade auf dem afrikanischen Kontinent einen höheren Stellenwert bekommen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,  
SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/9313 abzulehnen.

Berlin, den 27. Mai 2009

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Thilo Hoppe**  
Vorsitzender

**Hartwig Fischer (Göttingen)**  
Berichtersteller

**Gabriele Groneberg**  
Berichterstellerin

**Dr. Karl Addicks**  
Berichtersteller

**Hüseyin-Kenan Aydin**  
Berichtersteller

**Ute Koczy**  
Berichterstellerin

## Bericht der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Gabriele Groneberg, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Ute Koczy

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9313** in seiner 163. Sitzung am 29. Mai 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Verstärkte Zusammenarbeit mit Afrika im Bereich des Klimaschutzes, der Rohstoffnutzung, der Trinkwasser- und sanitären Grundversorgung, der Handels- und Umweltpolitik, der Umsetzung internationaler Sicherheitsstandards zum Schutz der biologischen Vielfalt und beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen sowie beim Aufbau nachhaltiger dezentraler Energiesysteme.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 92. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, Afrika sei, ohne dazu beigetragen zu haben, der am meisten vom Klimawandel betroffene Kontinent. Die Fähigkeiten, mit diesem Problem umzugehen, seien dort am wenigsten ausgeprägt. Man müsse deshalb alles tun, um Afrika beim Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen. Der Technologietransfer sei zu verbessern und alle Programme der Entwicklungszusammenarbeit müssten auf Klimarelevanz geprüft und angepasst werden. Daneben gelte es, Bildung und Forschung hinsichtlich dieser Thematik zu stärken. Es dürfte auch kein in Afrika illegal geschlagenes Holz mehr zugelassen werden und es müsste in eine angepasste Landwirtschaft für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern investiert werden. Nicht zuletzt sei es erforderlich, die Nutzung der Potentiale der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben. Es gebe in Afrika engagierte Menschen wie die große afrikanische Umweltaktivistin Wangari Maathai. Die Unterstützung solcher Aktivitäten müsse weiter forciert werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** greift die Nummern 5, 8, 9, 11, 17, 21, 23, 31 und 38 des Antrags beispielhaft heraus und macht deutlich, die darin aufgestellten Forderungen seien finanziell nicht unterlegt. Gerade dies sei aber von einem seriösen Antrag zu fordern. Sie weist auf den bereits angenommenen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Für eine intensive wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent auf Augenhöhe“ (Drucksachen 16/5257, 16/6800) hin, der sich bereits vor einem Jahr umfassend mit der Thematik auseinandergesetzt habe und betont, dass dessen Vorschläge haushaltsmäßig gedeckt seien.

Die **Fraktion der SPD** schließt sich diesen Ausführungen an. Sie ergänzt, dass sie eine gesonderte deutsche Afrikastrategie, wie sie von der Stiftung Wissenschaft und Politik in einem Gutachten gefordert werde, nicht für sinnvoll erachte. Diese Auffassung werde im Übrigen auch von der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln) von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, sie werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** greift kritisch die Forderungen des Antrages zur Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) auf und meint, diesbezüglich bedürfte es rechtlich bindender Verabschiedungen auf internationaler Ebene. Insgesamt werde sie dem Antrag dennoch zustimmen.

Berlin, den 27. Mai 2009

**Hartwig Fischer (Göttingen)**  
Berichtersteller

**Gabriele Groneberg**  
Berichterstatterin

**Dr. Karl Addicks**  
Berichtersteller

**Hüseyin-Kenan Aydin**  
Berichtersteller

**Ute Koczy**  
Berichterstatterin

